Kommentierung von Decolonize Berlin e.V. zu den überarbeiteten Fachteilen (Teil C) des Rahmenlehrplans für die gymnasiale Oberstufe der Länder Berlin und Brandenburg (Online-Befragung)

POLITISCHE BILDUNG

Die Koordinierungsstelle bei Decolonize Berlin e.V. hat die Neuausrichtung der Rahmenlehrpläne für die Fächer Geschichte, Geografie, Politische Bildung und Philosophie mit verschiedenen Veranstaltungen, Fachgesprächen und Stellungnahmen begleitet und Expertisen von kritischen Wissenschaftler*innen eingeholt. Nun kommentiert der Verein den Entwurf der neuen Rahmenlehrpläne anhand der Fragen der Berliner Bildungsverwaltung.

Im Kapitel 1 und 2 wird der Bildungsbeitrag des Faches verständlich dargestellt.

Die Thematisierung und Auseinandersetzung mit Rassismus, die Sensibilisierung für rassistische Erscheinungsformen und die Bekämpfung von Diskriminierung sind wesentliche Elemente einer umfassenden Strategie zur Stärkung demokratischer Werte in unserer Gesellschaft. Sie werden auch durch die im Fachprofil formulierten Ziele des Politikunterrichts angesprochen.
Die Betrachtung von Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen, das alle Lebensbereiche durchdringt, erfordert auch die Reflexion der eigenen Verstrickung in rassistische Verhältnisse. Menschen sind unterschiedlich von Rassismus betroffen und nehmen unterschiedliche Positionen im rassistisch strukturierten System ein. Dies betrifft sowohl Lehrkräfte als auch Schüler*innen. Dem Politikunterricht kommt eine besondere Verantwortung zu, gesellschaftliche Ungleichheiten und Machtverhältnisse sowie deren strukturelle und institutionelle Verankerung zu thematisieren. Die im Beutelsbacher Konsens formulierten Eckpfeiler politischer Bildung werden im Fachprofil deutlich benannt. In diesem Sinne ist es wichtig, noch einmal zu betonen, dass Rassismus keine Meinung ist, sondern eine menschenfeindliche Ideologie, die eindeutig nicht auf wissenschaftlicher Evidenz beruht. Es muss daher darauf geachtet werden, dass Lehrkräfte nicht im Sinne des Kontroversitätsgebots rassistische Argumentationen und Ideologien reproduzieren. Stattdessen sollten antidemokratische Positionen im Unterricht kritisch diskutiert werden.
In Bezug auf die Analyse- und Urteilsfähigkeit der Schüler*innen ist hervorzuheben, dass es eines multiperspektivischen Ansatzes bedarf. Die Schüler*innen sollten durch den Politikunterricht einen inklusiven Blick auf politische Sachverhalte erlangen. Die Vielfalt der Quellen im Unterricht ist dafür ein wichtiger Schlüssel.

5. Die Relevanz des Fachs wird gut verdeutlicht.

Als Ziel des Unterrichts wird formuliert:

„Die Zielsetzung des Politikunterrichts ist es, die Schülerinnen und Schüler darin zu ermutigen, diese Entwicklungen selbstwirksam mitzugestalten und damit am

gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. […] Der Politikunterricht hat hierbei die Chance, diejenigen zu unterstützen, die aufgrund soziokultureller und ökonomischer Ungleichheiten vor gesellschaftlichen Teilhabebarrieren stehen." (S.5)

Der Rahmenlehrplan bietet einerseits eine sehr offen formulierte Grundlage und nennt einige wichtige Stichworte wie bestehende Machtstrukturen oder Ungleichheiten. Andererseits sind dekoloniale und intersektionale Ansätze nicht als Querschnittsthemen verankert und strukturelle Ausschlüsse werden nicht explizit benannt. Akteur*innen aus dem Globalen Süden sind in den genannten Beispielen grundsätzlich nicht vertreten; wenn sie erwähnt werden, dann nur ergänzend und nicht gleichberechtigt als politische Akteur*innen. Durch die Verwendung von Schlagworten ohne theoretische Präzisierung oder praktische Umsetzungshinweise findet eine Entpolitisierung statt. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass bestehende strukturelle Diskriminierungsformen und ihre sozialen, gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen im Politikunterricht sichtbar gemacht werden.

Wie und auf welchen Ebenen (Inhalte, Autor*innen, Quellenart, pädagogische Methoden) dazu beigetragen werden kann, politisch marginalisierte Perspektiven zu berücksichtigen/thematisieren, sollte in einem zusätzlichen Kapitel noch einmal explizit gemacht werden. Dies ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Demokratiebildung, sondern auch notwendig, um dem Beutelsbacher Konsens gerecht zu werden. Durch die konkrete Benennung von Methoden können die Ziele des Fachprofils für die Lehrkräfte greifbar gemacht werden.

Diskriminierungsfreie Bildung und Erziehung ist in §2 (1) des Berliner Schulgesetzes verankert. Die Umsetzung dieses Ziels sollte insbesondere im Politikunterricht auch mit einer Sensibilisierung der Lehrkräfte und Schüler*innen für dieses Thema einhergehen. So könnten konkrete Beispiele für rassistischen und diskriminierenden Sprachgebrauch im Unterricht kritisch diskutiert werden.

Weitere Anmerkungen zum Fachprofil (Ergänzungen in Fett markiert):

- „Gesellschaftliche Prozesse wie Individualisierung, Emanzipation, Globalisierung, Digitalisierung, Flucht, Migration, **Rassismus und Kolonialisierung** sowie ökologische, ökonomische, soziale und (friedens)politische Herausforderungen erfordern Gestaltung und (Problem)Lösungen, welche das Allgemeinwohl in den Blick nehmen.
- Der Politikunterricht hat hierbei die Chance, diejenigen zu unterstützen, die aufgrund soziokultureller und ökonomischer Ungleichheiten **sowie rassistische Diskriminierung** vor gesellschaftlichen Teilhabebarrieren stehen" (S. 5).

6. Die in den abschlussorientierten Standards beschriebenen angestrebten Kompetenzen sind im Anspruchsniveau angemessen.

Die im Rahmenlehrplan formulierten Kompetenzen sind angemessen, es fehlen jedoch konkrete Umsetzungsvorschläge zur Erreichung dieser Kompetenzen. So wird z.B. in Kapitel 1.2 des Kompetenzmodells (S. 6) auf „reale politische Handlungsmöglichkeiten" verwiesen. Es bleibt jedoch unklar, wie diese konkret erfahrbar gemacht werden können. Die Handlungsorientierung der Schüler*innen muss gestärkt werden, indem sie beispielsweise lernen, eine Petition zu formulieren und einzureichen.

Nachfolgend konkrete Vorschläge:

- **Urteilen (S. 7)**: Wir schlagen vor, folgende Ergänzung vorzunehmen: Die Nutzung multiperspektivischer Quellen (Quellenanalyse) unter Berücksichtigung der

geopolitischen Vielfalt, einschließlich nicht-westlicher Konzepte, soll es den Schüler*innen ermöglichen, multiperspektivische und kontroverse Urteile zu entwickeln und zu diskutieren. Dies entspricht auch dem Beutelsbacher Konsens.

- **Analysieren (S. 7)**: Im Abschnitt „Analysieren“, wo die Kategorien Race, Class und Gender genannt werden, sollte auch auf Intersektionalität hingewiesen werden. Schüler*innen sollten lernen, die Analysefähigkeit von Gesetzen und Rahmenkonzepten zu entwickeln und kritisch gegenüber Gesetzestexten zu werden.
- **Methoden anwenden (S. 8)**: Unter „Methoden anwenden“ wird „bildungssprachliche Handlungskompetenz“ erwähnt. Hierbei sollte der Lehrplan auf Werkzeuge des sprachsensiblen Unterrichts wie Scaffolding eingehen.
- **Basis- und Fachkonzepte (S. 9)**: Schließlich sollten bei den „Basis- und Fachkonzepten“, wo „Policy“ sowie die Kategorien Race, Class und Gender aufgeführt sind, Intersektionalität verankert werden.

Diese Ergänzungen und Vorschläge sollen dazu beitragen, dass die formulierten Kompetenzen nicht nur angemessen bleiben, sondern auch praktisch und erlebbar umgesetzt werden können.

7. Die vorgeschlagenen Themenfelder und Inhalte sind relevant.

Gerade im Fach Politische Bildung sollten die Schüler*innen über die Auswirkungen des europäischen und deutschen Kolonialismus auf internationale Beziehungen und multilateralen Strukturen konsequent informiert werden. Daher fordern wir, dass die Folgen des Kolonialismus in allen Basismodulen betrachtet wird.

In Bezug auf alle vorgeschlagenen Themen möchten wir auf den Beutelsbacher Konsens hinweisen. Demnach müssen die Prinzipien Schülerorientierung, Kontroversität und das Überwältigungsverbot –im Unterricht stets beachtet werden. Es ist wichtig zu betonen, dass menschenfeindliche Ideologien keine Meinung darstellen, sondern die Grundrechte angreifen.

Nachfolgend möchten wir konkrete Veränderungs- /Verbesserungsvorschläge zu den Themen in den jeweiligen Basis- und Vertiefungsmodulen auflisten:

Einführungsphase in der Jahrgangsstufe 11

Vertiefungsmodule: weitere mögliche Inhalte

Als weiteren Punkt folgendes Zitat einfügen:
„Wann, wie und zu welchem Zweck wurden bzw. werden Menschen zu anders- und fremdartigen, sowie minderwertigen und gefährlichen Wesen gemacht und welche Auswirkung hatte bzw. hat das für diese Menschen bzw. welche Funktion hat das für die gesamte Gesellschaft?

Q1. Demokratie (S.19 – 21)

Basismodul 1 – Partizipation und Entscheidungsprozesse

- Strukturelle Diskriminierung und Ausschüsse werden nicht benannt (z.B.: Wer ist bei den Abgeordneten (nicht) repräsentiert? Wer wird Richter*in) Wer hat Entscheidungsmacht?)
- Einfluss von Akteuren auf politische Entscheidungen: Zivilgesellschaft nochmal

deutlicher differenzieren, Selbstorganisationen benennen
- Spiegelstrich ergänzen: Antidemokratische Parteien/Bewegungen in einer Demokratie; die „junge Alternative“ sollte thematisiert werden
- „Demonstration/ Proteste, ziviler Ungehorsam“ – hier sollten auch Bürgerrechtsbewegungen thematisiert werden; bspw. könnte auf die Demonstrationen der Hinterbliebenen des NSU-Terrors verwiesen werden.
- „Dabei werden die legalen Grenzen der Partizipation thematisiert […]“ (S.19): Hier sollten eher Fragen rund um Wahlrecht (Ausschlüsse von Bevölkerungsteilen aufgrund von Staatsbürgerschaft, Alter etc.) besprochen werden anstelle von legalen Protestformen
- Ergänzen: Scheinbeteiligung und Instrumentalisierung erkennen

Basismodul 2: Grundwerte und Verteidigung der Demokratie

- Bei „Versammlungsfreiheit“ auch die Einschränkung von Versammlungsfreiheit thematisieren
- Die Rolle von sozialen Medien wird hier durchweg negativ dargestellt, es fehlt die differenzierte Analyse – dies ist sehr unausgewogen, da es ein zentrales Medium ist für Information und Vernetzung; daher sollte hier auf jeden Fall eine ausgewogenere Darstellung von Sozialen Medien eingebracht werden, z.B. wenn es um Vernetzung innerhalb von Communities geht, Empowerment, Zugang zu multiperspektivischen Quellen etc.)
- Medienkompetenz als Punkt ergänzen (Einfluss von KI und Algorithmen; Diskriminierungen durch KI-Systeme)
- Bei „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ fehlen Adultismus, Klassismus, Heteronormativität, Queer- und Transfeindlichkeit (bei Letzterem kann auch der Bezug zu Berliner Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt (IGSV) hergestellt werden)

Vertiefungsmodul 2: Demokratie in der EU

- Inhaltlich fehlt die Kritik an der EU (z.B. Demokratiedefizit? / Menschenrechtsverletzungen der EU – Stichwort Frontex)
- Hinzufügen: Reflexion der Rolle der EU in der Welt unter Berücksichtigung diverser Quellen (z.B. auch in Bezug zu anderen Regionalverbünden wie der Afrikanischen Union)

Vertiefungsmodul 2: Politische Systeme im Vergleich

- Hierbei sollten Partizipationshürden bestimmter Gruppen (z.B. Drittstaatenangehörige, die nicht wählen dürfen) thematisiert werden.

ERGÄNZUNGSVORSCHLAG Vertiefungsmodul 4: Folgen des Kolonialismus

- Gesellschaftliche Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen in ehemaligen Kolonien und ehemaligen Kolonialmächten
- Geopolitische Auswirkungen des Kolonialismus z.B. auf die Strukturen der UN, UN-Gremien)

- Panafrikanismus

Q2 – Wirtschaftspolitik (S.22 -24)

Grundsätzlich stellt sich die Frage, warum Wirtschaftspolitik als Politikfeld eine derart hohe Priorität erhält, insbesondere im Vergleich zu anderen wichtigen Bereichen wie der Sozial-, Gesundheits- oder Bildungspolitik. Das Grundverständnis scheint hier ein neoliberales Wirtschaftssystem zu favorisieren. In den Basismodulen gibt es keine kritische Betrachtung des Themas Wirtschaft; der Begriff Kapitalismus kommt in den Rahmenlehrplänen überhaupt nicht vor, was zu einer Normalisierung und Objektivierung dieses Konzepts führt.

Es ist essenziell, dass alternative Wirtschaftsmodelle und Plurale Ökonomik, die auch eine Kritik am Konzept des Homo Oeconomicus beinhalten, in den Basismodulen thematisiert werden. Darüber hinaus sollten Themen wie Neokolonialismus durch wirtschaftliche Abhängigkeit und eine generelle Kapitalismuskritik ebenfalls berücksichtigt werden.

- Grundsätzlich die Frage, warum Wirtschaftspolitik als Politikfeld so eine Priorität bekommt, z.B. im Vergleich zu Sozial-, Gesundheits- oder Bildungspolitik; Grundverständnis ist ein neoliberales Wirtschaftssystem
- Es gibt keine kritische Betrachtung des Themas Wirtschaft in den Basismodulen; der Begriff Kapitalismus kommt nicht in den Rahmenlehrplänen vor à Normalisierung und Objektivierung des Konzepts
- Alternative Wirtschaftsmodelle, Plurale Ökonomik (Kritik am Homo Oeconomicus), Neokolonialismus durch wirtschaftliche Abhängigkeit und Kapitalismuskritik sollten in en Basismodulen thematisiert werden.

Basismoduls 2: Globaler Handel:

- Die Nutzung von konkreten Beispielen, wie Lieferketten etc. sollten hinzugefügt werden; exemplarisches Arbeiten verdeutlicht und erhöht die Zugänglichkeit der Inhalte
- Fehlende historische und konzeptionelle Herleitung von Globalisierung (Spannungsfeld zwischen Globaler Norden und Globaler Süden) auch um eine kritische Beurteilung von Machtstrukturen zu ermöglichen
- Koloniale Kontinuitäten im globalen Handel thematisieren (neokoloniale Wirtschaftsverhältnisse im Rahmen der Lieferketten, Währungspolitik, Freihandel etc.)
- Bei der Rolle von Akteuren wie IWF und Weltbank sollte die Kritik des globalen Südens an diesen Institutionen sollte aufgenommen werden
- *„Alternative Konzepte zur Förderung der Nachhaltigkeit im Rahmen der Sustainable Development Goals (SDG)“* (S.23): Hier sollten direkt Beispiele eingefügt werden: Kritik an Entwicklungspolitik (Post-Development Theory als Alternative zu Entwicklung; Entwicklung von Unterentwicklung)
- Menschenrechtsschutz im Globalen Handel

Vertiefungsmodul 1: Wirtschaftspolitische Ziele von Parteien und Verbänden

- Hier sollten als politische Akteure auch zivilgesellschaftliche Akteure und die Rolle der Zivilgesellschaft im demokratischen System thematisiert werden; auch in Bezug

auf Wirtschaftspolitik (z.B. Attac; Initiative Lieferkettengesetz etc.).
- Die Macht von Lobbygruppen z.B. die Familienunternehmer thematisieren. Es sollte aufgezeigt werden, wie aus ökonomischer Macht politische Macht wird.

Vertiefungsmodul 2: Beispiele von Marktversagen und alternative Wirtschaftsformen

- Kapitalismuskritische Ansätze werden nicht direkt benannt
- Bei den theoretischen Konzepten sollte auch das Model „New International Economic Orders“ als Beispiel genannt werden
- Konzepte der Solidarischen Ökonomie als Alternative vorstellen

Vertiefungsmodul 3: Folgen des Kolonialismus

Begrüßenswert das es jetzt ein Vertiefungsmodul gibt, dies sollte in allen Themenfeldern (Q1-Q4) als ein Vertiefungsmodul genannt werden

- Beispielhaft könnte bei den Wirtschaftlichen Entscheidungen der nationalen Regierungen und die Folgen der Punkt Währungspolitik/Geldpolitik genannt werden (CFA-Franc)
- Neokolonialismus und Afrika vor der Kolonialisierung mit in das Curriculum aufnehmen. Häufig startet die Geschichte des afrikanischen Kontinents mit der Kolonialisierung.

Vertiefungsmodul 4: Klima und Wirtschaftspolitik vor Ort

- Hinzufügen: Klimapolitik und globale Folgen (Flucht, Migration)
- Beispiele hinzufügen zur Beurteilung von Klima- und Wirtschaftspolitik (z.B. Grüner Wasserstoff)

Q3 Globales Regieren (S. 25-28)

- Perspektiven und Akteure aus dem Globalen Süden kommen kaum vor, und wenn dann eher als „Zusatz“, nicht als gleichberechtigte Perspektive -gerade in den Beispielen, können diese nochmal deutlich gestärkt werden
    - Basismodul 1 – Völkerrecht: TWAIL-Ansatz (Third World Approaches to International Law)
- Kritik des globalen Südens an den Vereinten Nationen am Beispiel des Sicherheitsrats thematisieren.

Basismodul 1: Internationale Konflikte und Friedenspotentiale

- Globale Sicherheit als Machtpolitik thematisieren: es fehlt die tiefergehende Analyse der Ursachen

Basismodul 2: Aktuelle globale Herausforderungen und Lösungsansätze

- Bei Hunger, Armut (S.2 6) hinzufügen_ „geopolitische Ursachen von Armut"; hier sollten interne und externe Faktoren explizit benannt werden
- Bei Menschenrechte (S. 26) hinzufügen: Geschichte der Menschenrechte, Gruppenbezogene Menschenrechte (UNDRIP)
- Hierarchisierung der Akteure; Auslassung von Akteuren wie Konzerne und Zivilgesellschaft
- Die Rollte transnationaler Akteure (S.26): neben dem Klimaabkommen von Paris, sollte auch die Bandung Konferenz 1955 und Durban Konferenz 2001 genannt werden; ebenfalls Weltsozialforum hinzufügen

Vertiefungsmodul 1: Die Länder des Globalen Südens als weltpolitische Akteure

- Die Perspektiven des Globalen Südens sollten ein Querschnitt bei allen Punkten sein
- Die Länderbeispiele sind die BRICS-Staaten ohne Russland: hier sollten auch andere Länder als Beispiele genannt werden, wie beispielsweise Ghana, Nigeria, Guinea oder Namibia.
- Veränderung der Weltordnung und der Dynamik internationaler Politik (S. 27): Hier könnte auch direkt der Unabhängigkeitskampf der ehemaligen Kolonien mit den unterschiedlichen Staatsmodellen, die Nachwirkungen des Kolonialismus auf die Staatsgründung und die postkoloniale Position thematisiert werden.

Vertiefungsmodul 3: Globale Fragen / Konflikte in den Medien

- Hinzufügen als erstes Stichwort: Kriegs- und Friedensjournalismus (Johann Galtung)

Vertiefungsmodul 4: globale Sicherheit: Bedingungen für eine friedlichere internationale Ordnung

- Kritik an deutschen / europäischen Rüstungsexporten

Q4: Perspektiven Gesellschaftlicher Entwicklung (S. 29-31)

Basismodul 1: Welches Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit ist erstrebenswert?

- Der Titel sollte unbedingt geändert werden. Die Formulierung der Überschrift den Eindruck erweckt, dass ein gewisses Maß an Ungleichheit akzeptabel ist. Dies widerspricht sowohl den allgemeinen Menschenrechten als auch dem verbrieften Recht auf gleichberechtigte Teilhabe aller. Alternative Titel wären "Was ist soziale Gleichheit" oder "Wie kann soziale Ungleichheit verringert werden?" oder „Wie können wir soziale Ungleichheiten reduzieren?";
- Die Intersektion von Migration und Armut sollte thematisiert werden.
- Klassismus und die Rolle von Armut in unserer Gesellschaft sollte eingefügt werden.

Basismodul 2: Wie wollen wir in 20 Jahren leben?

- Hier sollte die Frage hinzugefügt werden, wie eine gerechte (globale) Ordnung aussehen kann
- Bei dem Stichwort *postmigrantische Gesellschaft* kann auch noch dekoloniale Gesellschaft hinzugefügt werden
- Der Punkt *sozial-ökonomische Transformation* sollte nach oben geschoben werden, da es eine essenzielle Frage unserer Zeit ist
- *Gelebte Globalität*: Hier sollte der Lebensweltbezug der Schüler*innenschaft in ihrer Diversität herstellen

8. Die für Grund- und Leistungskurse vorgeschlagenen Themenfelder und Inhalte können in 3-stündigen Grundkursen bzw. 5-stündigen Leistungskursen zeitlich gut umgesetzt werden.

9. Betrifft nur Geografie/Geschichte/Politische Bildung:
Die Themenfelder und Inhalte werden ihrer Bedeutung nach passend auf verbindliche Basismodule und wahlverbindliche Vertiefungsmodule verteilt.

Nachfolgend sind Änderungsvorschläge zu den einzelnen Modulen:
Q1. Demokratie (S.19 – 21)

Basismodul 1 – Partizipation und Entscheidungsprozesse

- Demokratietheorien (feministische/ pluralistische etc.) und Befreiungstheorien sollten in das Basismodul als Grundlage für die Arbeit im Politikunterricht

Vertiefungsmodul 1: Theoretische Grundlagen der Demokratie

Das gesamte Modul sollte Teil der Basismodule sein

- Demokratietheorien ausweiten
- Außereuropäische Beispiele einfügen, Befreiungstheorien
- Demokratische Selbstorganisationen als Model noch aufzeigen, z.B. Chiapas, kurdische Selbstverwaltung
- Beispiele nennen wie Anton Wilhelm Amo und Frederick Douglass als theoretische Reformansätze

10. Im Fachteil sind ausreichend Möglichkeiten gegeben, die Entwicklung bildungssprachlicher Handlungskompetenz und von Kompetenzen in der digitalen Welt zu fördern.

Soziale Medien werden im Rahmenlehrplan durchgängig negativ dargestellt - dies steht in starkem Kontrast zu der hohen Nutzung sozialer Medien durch Jugendliche - auch und gerade zur Informationsbeschaffung in politischen Kontexten. Soziale Medien sind zu einem wichtigen Raum geworden, in dem öffentliche Diskurse ausgetragen und verhandelt werden und haben daher eine hohe Relevanz für die politische Bildung. Insofern wiegt es schwer, dass ein positiver Bezug fehlt. Gerade in der politischen Bildung, die Raum für eine

multiperspektivische Auseinandersetzung bietet, sollte ein Schwerpunkt auf digitale Medienkompetenz gelegt werden.

11. Im Fachteil sind ausreichende Möglichkeiten gegeben, Verbindungen der fachlichen Inhalte mit den übergreifenden Themen herzustellen.

Eine aktive Benennung von verbindenden Themen könnte Lehrkräfte dabei unterstützen, fächerübergreifend zu arbeiten. Dies bietet sich insbesondere mit den Fächern Philosophie und Geschichte an.